

PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe Dezember 2017/Jahrgang 2017

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

EDITORIAL



Liebe Parteifreunde!

Ich freue mich, Ihnen zum Jahresabschluss wieder den Newsletter der CDU-Kreistagsfraktion zu präsentieren!

Bei all den Vorbereitungen für den letzten Kreistag dieses Jahres, auf dem auch ein Nachtragshaushalt beschlossen werden soll, möchte ich noch einmal die Gelegenheit nutzen, mich vor allem bei den Mitgliedern der Kreistagsfraktion für das vertrauensvolle Miteinander zu bedanken. Denn es fällt nicht immer leicht, Oppositionsarbeit zu machen, wenn die drei regierenden Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eine Zusammenarbeit strikt ablehnen oder sogar Ideen und entsprechende Anträge der CDU in den Ausschüssen und im Kreistag als ihre eigenen generieren. Gerade in den Kommunalparlamenten sollte doch ein faires Miteinander herrschen.

Umso wichtiger ist der Zusammenhalt in unserer Fraktion sowie unsere starken und sachlich kompetenten Fachsprecher, die über das Jahr viel Zeit in ihre ehrenamtliche Arbeit investieren.

Einig sind wir uns nach wie vor in dem gemeinsamen Ziel der Senkung der Kreisumlage. Städte und Gemeinden wird so mehr Eigenverantwortung übertragen. Im Gegensatz zur Ampel, die mit einem großen Füllhorn ausgestattet, mehrere Millionen Euro für freiwillige Leistungen vorrangig Klientelpolitik betreibt. Gegenfinanzierungen dafür gibt es nicht.

Geld, das aus der Kreisumlage der Kommunen, beziehungsweise aus dem Finanzausgleich des Landes stammt. Haushaltsverantwortung sieht meiner Meinung nach anders aus!

Jedoch wollen optimistisch in die Zukunft schauen, denn ich hoffe, durch eine überzeugende und vorrausschauende Politik und einen starken Wahlkampf im kommenden halben Jahr, die Bürger des Kreises Pinneberg wieder zu überzeugen, der CDU ihre Stimme zu geben. Denn wir treten an, die kommenden fünf Jahre den Kreis Pinneberg weiter voranzubringen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, gemütliche Stunden im Familien- und Freundeskreis sowie Gesundheit und Zufriedenheit im Neuen Jahr!

Ihre

Heike Beukelmann

Fraktionsvorsitzende CDU-Kreistagsfraktion Pinneberg

CDU will Kreisumlage senken

CDU-Kreistagsfraktion fordert endlich Schluss mit den Scheinargumenten der Ampel gegen eine dringend notwendige Senkung der Kreisumlage.

Der Kreis Pinneberg hat die höchste Umlage aller Kreise in Schleswig-Holstein. Und das bei sprudelnden Steuereinnahmen und einer dadurch verbesserten Haushaltslage.

Die jetzige Kreisumlage wurde im Jahr 2009 unter den damaligen Rahmenbedingungen und Aussichten angehoben. Seitdem habe sich allerdings eine Menge geändert. So musste man 2010 und die Folgejahre von deutlich negativen Jahresergebnissen ausgehen. Auch wurden große Investitionen in die Kreisberufsschule Pinneberg und die Kreisfeuerwehrzentrale geschultert.

Lediglich 2011 musste mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen werden - die Folgejahre verliefen durchweg positiv.

Britta Krey, finanzpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass es endlich an der Zeit sei,



Britta Krey

den Kommunen langfristig wieder mehr finanziellen Spielraum zurückzugeben. Krey sagt: „Die schon lange und von uns alle Jahre wieder geforderte Senkung der Kreisumlage scheitert immer wiederholt an dem Widerstand der im Kreistag

regierenden Ampel aus SPD, Grünen und FDP.“

Für Krey gebe es kein nachvollziehbares Argument, warum der jährlich gestellte Antrag zur Senkung der Kreisumlage nicht endlich von der Ampel mitgetragen werde. „Das von der Ampel immer wieder vorgetragene Argument des bestehenden Konsolidierungsvertrages des Kreises mit dem Land ist es definitiv nicht. Das haben uns bereits andere Kommunen im Land vorgemacht“, so Krey.

Ein von einem Innenminister Grote, der selbst Bürgermeister der größten Stadt in der Metro-

polregion Hamburg war, angeführtes Ministerium würde dem Kreis mit Sicherheit mögliche Verhandlungen zur vorzeitigen Beendigung des Konsolidierungsvertrages nicht verwehren, ist Krey sich sicher, wenn der Kreis so die Kommunen entlasten könne. „Es ist ein reines Scheinargument“, empört sich Krey.

Denn, wenn die Kommunen weniger Umlage an den Kreis bezahlen müssten, bliebe mehr Geld im Haushalt der eigenen Gemeinde oder Stadt. Finanzmittel also, mit denen die Kommunalpolitiker vor Ort entscheiden könnten, in welche Projekte es fließen solle. Zum Beispiel in die vielfach sanierungsbedürftigen Schulen und Sportstätten. Oder mehr Investitionen in Kindergärten. Die Kommunen würden somit in ihrer Souveränität gestärkt und könnten eigene Prioritäten setzen.

„Damit zeigen wir auch unser großes Vertrauen in das politische Ehrenamt der Gemeinden und Städte im Kreis“, so Krey abschließend.

ks

Aus dem Landtag

Dank und Respekt den Ehrenamtlern

Am Internationalen Tag des Ehrenamtes dankte die CDU den rund eine Million Schleswig-Holsteinern, welche die gesellschaftlichen Bereiche des Landes mit ihrer freiwilligen Arbeit Tag für Tag unterstützen. Jede dritte Schleswig-Holsteinerin und jeder dritte Schleswig-Holsteiner engagiert sich z. B. in Sportvereinen, in der Kommunalpolitik, in der Freiwilligen Feuerwehr. Ein solcher Einsatz ist nicht selbstverständlich, da ein Ehrenamt Zeit erfordert und die Übernahme von Verantwortung bedeutet. Politik muss daher diese freiwillige Arbeit unterstützen.

ks

Die Mitglieder der Kreistagsfraktion wünschen allen unseren Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2018!

4. Bauabschnitt der Sanierung der Kreisstraße K2 wird realisiert

Vom Kreisverkehrsplatz in Luthorn bis zur Ortsdurchfahrt in Bokel



Erhard Wasmann

Liebe CDU-Kollegen,
liebe interessierte
Leserinnen und Leser,

zur Weihnachtszeit
möchte ich Ihnen
erfreuliche Nachrichten
aus der Arbeit des Kreis-
tages und hier beson-
ders des Wirtschaftsaus-

schusses überbringen.

Die K2 war wegen des anerkannt schlechten Zustandes der Fahrbahn und der Banketten und wegen des starken örtlichen LKW-Verkehrs vom Verkehrsministerium in Kiel in die Förderung des Straßenausbaus aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) genommen worden. Die ersten drei Abschnitte sind fertiggestellt. Für den 4. und letzten Teilabschnitt nahm der Kreis die Überplanung vor und erstellte bereits die Planung für ein erstes Teilstück mit ca. 950 m Länge. So weit so gut.

Aber im Mai 2017 hatte sich das Verkehrsministerium in Kiel unter der alten Landesregierung kurzfristig entschlossen, andere Schwerpunkte für die vom Bund bereitgestellten GVFG-Mittel zu setzen. Vorrangig sollten Straßenbrücken und auch Radwege in den Genuss einer Förderung kommen. Der dem Kreis Pinneberg erteilte Förderbescheid wurde zurückgenommen.

Der Kreis musste entscheiden, ob die Sanierung mit eigenen Mitteln durchgeführt werden soll. Bei veranschlagten Kosten von 7,43 Mio € hätte das Land über die Hälfte gezahlt. Die CDU-Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (WRV) machten sich für eine Verschiebung des Ausbaus und für weitere jährliche Reparaturen stark. Der Vorsitzende Helmuth Ahrens (CDU): "Der Kreis kann nicht kurzfristig die vollen 7,43 Mio Euro allein aufbringen." Die Maßnahme wurde daraufhin verschoben. Bis zu diesem Sommer.

Denn dann konstituierte sich in Kiel die neue CDU-geführte Regierung. Es kam unerwartet und kurzfristig aus dem Wirtschaftsministerium in Kiel die Nachricht, die volle Förderung könne wieder in Aussicht gestellt werden. Die Maßnahme müsse statt in drei nunmehr in zwei Jahren fertiggestellt werden.

Aufgrund der weit gediehenen Vorarbeiten konnte die Kreisverwaltung dem Ausschuss die Realisierung in der verkürzten Bauzeit 2018 und 2019 empfehlen. Der WRV nahm die Empfehlung auf. Der Kreistag beschloss am 27.09.2017 den Ausbau. Die verkürzte Bauzeit von drei auf zwei Jahre führt zu erhöhtem Mittelbedarf in 2018 und 2019. Der entsprechende Nachtrag zum Haushaltsplan 2018 steht auf der Tagesordnung zum Dezember-Kreistag. Danach bedarf es nur noch des verbindlichen Förderbescheides aus Kiel, und die Baumaschinen können anrollen.

Glückwunsch an die Region Luthorn/Bokel. Die Milchwagenfahrer wird es freuen.

Mit weihnachtlichen Grüßen

Ihr Erhard Wasmann
Stellv. Mitglied im WRV

ks

4. Bauabschnitt der Sanierung

Luftqualität - CDU-Kreistagsfraktion unterstützt Vorstoß der Gemeinde Haselau

In einem Schreiben an Umweltminister Robert Habeck hat die Gemeinde Haselau jüngst auf das zunehmende Problem von Luftschadstoffen aufmerksam gemacht, die durch Winddrift von niedersächsischer Seite den Kreis Pinneberg erreichen. Über den Kreis-Umweltausschuss will die CDU-Fraktion erreichen, dass die Thematik auf Kreisebene behandelt wird - schließlich spielt die Luftqualität für die Bürger auch über Haselau hinaus eine wichtige Rolle.

Erst im September hatte das niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg entschieden, dass in Stade ein neues Industriekraftwerk errichtet werden darf, das vor allem

den ansässigen Chemiestandort mit Energie versorgen soll. Hauptsächlich soll dieses mit Kohle betrieben werden. Die bereits vorhandene Belastung wird absehbar also noch steigen.

Entsprechend besorgt ist die Bevölkerung in der Gemeinde Haselau, die direkt Stade auf nördlicher Elbseite gegenüberliegt. Zwar würden die Emissionen direkt an den einzelnen Werken in Stade gemessen, so Bürgermeister Herrmann; doch welche Luftschadstoffmengen insgesamt den Kreis Pinneberg erreichen, darüber gäbe es keine Erhebungen.

Daher fordert die Gemeinde Haselau das Umweltministerium auf, vorhandene Messcontainer vor Ort aufzurüsten, um die tatsächliche Belastung durch Feinstaub, Stickstoffverbindungen, Schwermetalle usw. zu ermitteln. Dies unterstützt die CDU-Kreistagsfraktion; nur mit belastbaren Zahlen lassen sich objektive Aussagen darüber treffen, welche Belastungen vorliegen und welche Gegenmaßnahmen ggf. ergriffen werden müssen. Zudem sollte mit den Messungen zügig begonnen werden, um Werte vor und nach Fertigstellung des Kraftwerks zu erhalten.



Tobias Löffler

Im Umweltausschuss des Kreises wird sich die CDU-Fraktion zudem dafür einsetzen, auch unabhängig vom Land ggf. durch eigene Maßnahmen in der Sache voranzukommen. Vor allem muss geprüft werden, inwiefern auch in weiteren betroffenen Kommunen Messungen durchgeführt werden können, bzw. bereits werden, um die Situation umfassend angehen zu können.

ks

Aus dem Landtag

Freie Entscheidung bei Straßenausbaubeiträgen bedeutet keine Konnexität

Anlässlich der mündlichen Anhörung im Innen-

und Rechtsausschuss zum Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge machte die CDU deutlich, dass eine zukünftige freie Entscheidung der Kommunen über die Belastung ihrer Bürgerinnen und Bürger an den Straßenausbaubeiträgen keine Kostenübernahme durch das Land bedeuten würde. Dieses war nie Bestandteil des CDU-Wahlprogrammes und ist auch nicht im Koalitionsvertrag festgelegt worden. Die Kommunen müssten über Alternativen nachdenken, sollte deren Finanzlage eine Übernahme der Straßenausbaubeiträge nicht zulassen. Eine moderate Erhöhung der Grundsteuer könnte ausreichen, um unangemessene Beiträge für einzelne Bürger zu vermeiden.

Rückbau Brokdorf wird begrüßt – Nachnutzungspläne?

Die Stilllegung des Kernkraftwerkes Brokdorf zum 31.12.2021 und damit sein Rückbau werden von der CDU begrüßt. Es stehe nun der Schutz der Bevölkerung an erster Stelle: Die Entsorgung der belasteten Materialien erfordert aufwendige Verfahren und speziell in Brokdorf sind weitere Schritte zu unternehmen. Beispielsweise muss beim Rückbau der Wasserentnahme und dessen Wiedereinleitung der Deichschutz gewährleistet bleiben. Schon jetzt gilt es, sich Gedanken über eine Nachnutzung des Geländes zu machen, um Mitarbeiter in der Region halten und ihnen Perspektiven geben zu können.

Vorrangiges Interesse an Zweigleisigkeit zwischen Niebüll und Klanxbüll

Die CDU unterstützt den schleswig-holsteinischen Verkehrsminister bei seiner Forderung nach einem zweigleisigen Ausbau der Bahnlinie von Niebüll nach Sylt. Diese langjährige Forderung der CDU könnte dazu beitragen, den langersehnten reibungslosen Betrieb der Strecke zu gewährleisten und so den Pendlern den Weg von und zur Arbeit erheblich zu erleichtern.

ks

Investitionen im Sozialbereich

CDU-Kreistagsfraktion fordert Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt bei der Vergabe von Haushaltsmitteln zu stellen.

Nach Meinung der CDU-Kreistagsfraktion sind Kinder und Jugendliche die Zukunft unseres Landes. Und in diese müsse investiert werden. „Für uns als CDU ist es deshalb völlig unverständlich, warum SPD, Grüne und FDP den von der CDU im Sozialausschuss für den „Wendepunkt“ gestellten Antrag trotz positiver Bewertung der Verwaltung abgelehnt haben“, moniert Christian Saborowski, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion.

Die fachliche Notwendigkeit, traumatisierten Kindern und Jugendlichen so schnell wie möglich professionelle Hilfe anzubieten, könne eigentlich von niemandem bestritten werden. Die Finanzierung jetzt auf die Jahre 2019 und 2020 zu verschieben, zeige für Saborowski nur eines: „SPD, Grüne und FDP weigern sich, politische Verantwortung zu übernehmen. Sie übertragen diese auf diejenigen, die nach der Kommunalwahl im Mai 2018 die Verantwortung übernehmen.“

Die CDU-Kreistagsfraktion beantrage im Kreistag deshalb, die vom „Wendepunkt“ beantragten Mittel für die Module 1 - 4 in Höhe von 43.600 Euro sowie den Restbetrag für die Module 5 - 8 mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen. Die Freigabe sei zu veranlassen, wenn die von der Verwaltung aufgezeigten Problemfelder durch Maßnahmen des Wendepunktes zufriedenstellend gelöst würden.



Christian Saborowski

Ähnliches gelte für den von der CDU übernommenen Antrag der „Brücke“ für das erfolgreiche Projekt „Regenbogen“. Hier werden Kindern Paten zur Seite gestellt, deren Eltern oder ein Elternteil sich in psychotherapeutischer Behandlung befinde.

Die durch diese Krankheit bedingten Probleme der Kinder müssten zu deren Wohl gelöst werden. Insgesamt sollen dafür 56.000 Euro im Nachtrag ausgewiesen und mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Freigabe erfolge dann nach Leistungen je Quartal durch den Sozialausschuss in Abhängigkeit der real betreuten Kinder und den dafür eingesetzten Paten und deren Aus- und Fortbildung, erklärt Saborowski. Man sei gespannt, ob die Ampel ebenfalls das Wohl der Kinder im Auge behalte und die Anträge positiv bescheide.

ks

CDU-Kreisvorstand neu gewählt

Auf dem letzten Kreisparteitag am Freitag, den 8. Dezember 2017, trafen sich mehr als 100 CDU-Mitglieder in Haseldorf, um den Vorstand neu zu wählen.

Wir freuen uns, dass wir mit dem neuen alten Vorsitzenden Christian von Boetticher weiter einen erfahrenen und gut vernetzten Wirtschaftsfachmann an der Spitze der CDU im Kreis Pinneberg haben.

Als Stellvertreter wurden Nicolas Sölter, Kreistagsabgeordneter und Natalina Boenigk bestätigt. Neue Stellvertreter sind Barbara Ostmeier, MdL und Michael von Abercron, MdB.

Weiter gehören Schatzmeister Andreas Berneike und als seine Stellvertreterin, Kreistagsabgeordnete Britta Krey sowie zehn zum Teil neue Beisitzer zum neugewählten Vorstand. Eine neue Position ist der Mitgliederbeauftragte. Hier konnte sich Julian Fresch durchsetzen.

Viel Erfolg und eine glückliche Hand!

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion und Produktion:

Kerstin Seyfert

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

Fotos: CDU, Kerstin Seyfert